



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

01.04.2025	Südthüringer Zeitung Bad Salzungen: Endlager-Suche für radioaktive Abfälle	3
31.03.2025	Open PR: Endlagersuche: Forschungsprojekt entwickelt neue Simulations-Software für geotechnische Sicherheitsanalysen	4
	Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	6
01.04.2025	n-tv online: Mecklenburg-Vorpommern: MV-Unternehmerdachverband warnt vor 15 Euro Mindestlohn	7

Endlager-Suche für radioaktive Abfälle

Vortrag und Kampagne des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung und der Bundesgesellschaft für Endlagerung

Die Volkshochschule Wartburgkreis lädt zu einem Vortrag unter dem Titel „Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle“ am Montag, 28. April, 18 bis 19.30 Uhr, ein. Referenten sind Vertreter des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung und der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH. Die Veranstaltung findet in der Aula der Volkshochschul-Geschäftsstelle in Eisenach statt.

Bis Ende 2027 wird sich die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle auf wenige sogenannte Standortregionen konzentrieren, die weiter un-

tersucht werden sollen. Warum und wofür sucht Deutschland ein Endlager? Wie läuft die Suche ab und welche Kriterien muss ein geeigneter Standort erfüllen? Wie können Bürger sich informieren und beteiligen? Die Referenten Dorothee Ahlers (BASE) und Jan-Michael Schürholz (BGE) geben Antworten. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) beaufsichtigt das Suchverfahren und beteiligt die Öffentlichkeit bei diesem Umweltprojekt von gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) führt das

Suchverfahren von der Datenanalyse bis hin zur konkreten Erkundung des Gesteins durch.

Der Vortrag begleitet die entsprechende Kampagne des Bundesamts, das mit einem Infomobil am 28. und 29. April auf dem Eisenacher Marktplatz vertreten ist. Der Teilnahme an dem Vortrag ist gebührenfrei. Es wird um Voranmeldung gebeten unter <https://vhs.link/V8KFDw>, per Mail an andreas.willershausen@wartburgkreis.de oder telefonisch unter 03695/617264.

Wörter: 220
Seite: 7
Ressort: H_LoFSZSLZ
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025
Ausgabe: Hauptausgabe
Auflage: 4.115 (gedruckt)¹
4.065 (verkauft)¹
4.251 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,01093 (in Mio)²

¹ von PMG gewichtet 1/2025

² von PMG gewichtet 7/2024

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

PR Open PR

Endlagersuche: Forschungsprojekt entwickelt neue Simulations-Software für geotechnische Sicherheitsanalysen

31. März 2025 10:33 | Medienart: Online | Visits/Monat: 88.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Gesucht: Ein Standort tief unter der Erde, der für eine Million Jahre dicht bleibt. In **Endlagern** sollen radioaktive Abfälle nach der Abschaltung von **Atomkraftwerken** sicher gelagert werden. Eine der Grundlagen für den Suchprozess der Behörden sind geotechnische Sicherheitsuntersuchungen mit spezieller Berechnungssoftware. Wie diese Software so erweitert werden kann, dass sie auch bei unvollständigem Kenntnisstand über die Eigenschaften des Untergrunds Aussagen liefert, untersucht ein Team der TU Bergakademie Freiberg und ihrer Partner.

Im internationalen untertägigen Labor Mount Terri in der Schweiz lagern zu Forschungszwecken seit Jahrzehnten statt realen radioaktiven Abfällen ungefährliche elektrisch beheizte Behälter in tiefen Tonschichten. „Bei den geotechnischen Berechnungen zur Sicherheit eines **Endlagers** geht es nicht nur um Radioaktivität, sondern auch um die Temperatur. Die **Endlagerbehälter** geben Wärme ab, die in der Umgebung der Behälter Temperaturen von etwa 100 Grad Celsius erzeugen kann. Das Gebirge darf dabei nicht unzulässig geschädigt werden, um den Einschluss der radioaktiven Stoffe langfristig zu gewährleisten“, erklärt Geotechnik-Professor Thomas Nagel. Die Langzeit-Daten aus dem Schweizer Labor analysierte sein Team nun erstmals mit der verbesserten Berechnungssoftware für geotechnische Sicherheitsanalysen. Verschiedene Prognosen einbeziehen: Verbesserte Software für Behörden verfügbar Wie bei Wetter- und Klimamodellen, müssen bei den geotechnischen Sicherheitsuntersuchungen verschiedene Varianten und Bandbreiten wahrscheinlicher Entwicklungen untersucht werden. „Durch die Analyse der Daten mit Methoden der Wahrscheinlichkeitsrechnung verstehen wir jetzt besser, wie Parameterunsicherheiten auf der einen Seite und geotechnische Merkmale des Bergwerks auf der anderen Seite die Vorhersage einer Schädigung des Gebirges beeinflussen. So detailliert für weite Bereiche im Gebirge konnte die Berechnungssoftware das bisher noch nicht kalkulieren“, sagt der Geotechniker. Für die Erweiterung arbeiteten die Freiburger Geotechniker mit dem UFZ Leipzig, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und der TU Chemnitz zusammen. Behörden und anderen Anwendern stehen die verbesserten Simulationsmethoden jetzt in einer Open-Source-Software zur Verfügung. Um die komplexen Sachverhalte möglichst intuitiv darzustellen, entwickelte das Team interaktive visuelle Darstellungen der Ergebnisse. So erfahren Interessierte, wie sich Änderungen einzelner Eingabewerte der Berechnungen auf Temperatur oder Gebirgsbelastung auswirken. „Wir können – und müssen nicht – mit beliebig hoher Präzision vorhersagen, wie sich ein **Endlager** über eine Million Jahre hinweg entwickeln wird. Aber wir müssen die Berechnungssoftware so erweitern, dass Forschung und Behörden abschätzen können, wie genau die

Ergebnisse der Berechnung eigentlich sind. Unsicherheit bezüglich der Werte bestimmter Parameter bedeutet nicht, dass ein Endlager als solches unsicher ist. Sie bedeutet lediglich, dass wir mit Bandbreiten und Wahrscheinlichkeiten möglicher Entwicklungen arbeiten müssen. Die Berücksichtigung von Unsicherheit in geotechnischen Sicherheitsuntersuchungen kann so die Interpretierbarkeit der Ergebnisse für Behörden verbessern und für die Öffentlichkeit vertrauenswürdiger machen.“ Hintergrund: Forschungsnetzwerk URS Die Professur für Bodenmechanik und Grundbau der TU Bergakademie Freiberg koordinierte in den vergangenen drei Jahren das Forschungsnetzwerk URS (Ungewissheiten und Robustheit mit Blick auf die Sicherheit eines Endlagers für hoch-radioaktive Abfälle), in dem zahlreiche Forschende aus 18 Institutionen zusammenarbeiteten. In einem Graduiertenkolleg wurden insgesamt 17 Doktorandinnen und Doktoranden ausgebildet. Das Netzwerk wurde von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) initiiert und finanziert. Es umfasste sechs Forschungsprojekte, darunter das Cluster-Projekt MeQUR der TU Bergakademie Freiberg und TU Chemnitz, des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Originalpublikation:

Merkmale dieser Pressemitteilung: Journalisten, Wissenschaftler Geowissenschaften, Umwelt / Ökologie überregional Forschungsergebnisse, Forschungsprojekte Deutsch

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

 n-tv online

Mecklenburg-Vorpommern: MV-Unternehmerdachverband warnt vor 15 Euro Mindestlohn

1. April 2025 06:03 | Medienart: Online | Visits/Monat: 240.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Union und SPD ringen bei ihren Verhandlungen über eine neue Bundesregierung auch um die Wirtschaftspolitik. Die Unternehmer in **MV** wissen, was sie nicht wollen - und geben eine Warnung aus.

Schwerin (dpa/mv) - Ein Mindestlohn von 15 Euro bedroht nach Ansicht der Vereinigung der Unternehmensverbände **Mecklenburg-Vorpommerns** Arbeitsplätze. "Ein gesetzlicher allgemeiner Mindestlohn von 15 Euro wird Arbeitsplätze kosten, Existenzen gefährden und eine nicht zu kontrollierende Lohn-Preis-Spirale auslösen", sagte **MV**-Arbeitgeberpräsident Lars Schwarz. Schon der derzeit geltende Mindestlohn habe nach seiner Einführung 2022 zu erheblichen Verwerfungen geführt. Gerade lohnintensive Branchen hätten zu kämpfen.

Die Arbeitgeber auch im Nordosten würden von einer möglichen neuen Bundesregierung aus Union und SPD erwarten, dass sie die reale Situation in den Betrieben zur Kenntnis nehmen, hieß es weiter. Zusätzliche Belastungen hätten Betriebsschließungen und Beschäftigungsabbau zur Folge. Darüber müssten sich auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) und der Generalsekretär der Landes-CDU, der Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor, im Klaren sein. Beide gehören den Verhandlungsteams ihrer Parteien an.

Pläne für ein bundesweit geltendes Tarifreuegesetz, das die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Gewährung tarifähnliche Löhnen bindet, oder für einen Mindestlohn von 15 Euro je Stunde lösten bei der **Wirtschaft** bundesweit Widerspruch aus. Das in **Mecklenburg-Vorpommern** bereits geltende Landes-Tarifreuegesetz war von der **Wirtschaft** von Anfang an als untauglich abgelehnt worden. Weil eine wichtige Verordnung noch fehlt, kommt es bislang nicht zur Anwendung.

Präsidiumsbeschluss gegen "politische Anhebung des Mindestlohns"

Das Präsidium des Unternehmerdachverbandes in **MV** hatte sich auf seiner jüngsten Sitzung Ende März entschieden gegen einen gesetzlichen Mindestlohn von 15 Euro ausgesprochen. "Die tarifliche Lohngestaltung ist ein Grundpfeiler der Sozialpartnerschaft in Deutschland. Eine erneute politische Anhebung des Mindestlohns greift direkt in bestehende Tarifverträge ein und untergräbt die Verhandlungsautonomie der Sozialpartner. Eine solche Maßnahme beschädigt bestehende Lohnstrukturen und entwertet die Tarifbindung", hieß es in dem Beschluss, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt.

Eine übermäßige Erhöhung des Mindestlohns ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage und die Tarifentwicklung könne für kleine und mittelständische Unternehmen zu erheblichen finanziellen Belastungen führen. Vor allem in strukturschwachen Regionen und Branchen mit geringer Tarifbindung drohten Beschäftigungsverluste. Über die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns habe allein die unabhängige Mindestlohnkommission zu befinden und das müsse die Politik respektieren.

Wirtschaftsverbände fordern bessere Rahmenbedingungen

Mit Blick auf die laufenden Koalitionsverhandlungen hatte eine Allianz von Wirtschaftsverbänden in einem Brief die Parteispitzen von CDU, CSU und SPD davor gewarnt, dass Betriebe ihre Investitionen wie zuletzt ins Ausland verlagerten oder ganz aufhörten und Investoren um Deutschland einen Bogen machten. "Alles, was Wachstum behindert, muss unterlassen werden. Das Tariftreuegesetz, ein Mindestlohn von 15 Euro oder die Mütterrente sind vor diesem Hintergrund abzulehnen", hieß es in dem Schreiben, das der Deutschen Presse-Agentur ebenfalls vorlag. Nötig seien Rahmenbedingungen, die es für Unternehmen aus dem In- und Ausland attraktiv machen, in Deutschland zu investieren, und die dem Mittelstand eine Zukunftsperspektive geben.
